

Zwei Staaten, ein Staat, kein Staat?

Was aus Israel/Palästina werden kann

David M. Neuhaus SJ

Weltweit wird diskutiert, wie Israel/Palästina zum Frieden kommen kann. Insbesondere die Frage der künftigen Staatlichkeit ist kontrovers. David M. Neuhaus SJ, in einer deutschstämmigen jüdischen Familie in Südafrika aufgewachsen und Israeli und Jesuit, gibt eine Einschätzung der komplexen Situation. Er lebt in Jerusalem, unterrichtet u.a. im Priesterseminar des lateinischen Patriarchats und arbeitet als Seelsorger und Schriftsteller.

Israel befindet sich seit dem 7. Oktober 2023 wieder einmal im Krieg. An diesem Tag drangen militante Palästinenser der Hamas und des Islamischen Dschihad und außerdem Einzelkämpfer aus dem Gazastreifen in israelisches Gebiet vor, töteten israelische Soldaten und Zivilisten, zerstörten Militäreinrichtungen, Häuser und das Gelände eines Musikfestivals und nahmen Hunderte von Soldaten, Zivilisten, Männer und Frauen, Junge und Alte als Geiseln. Die israelischen Behörden wollten nicht nur die Sicherheit wiederherstellen, sondern auch ihrer Wut und ihrem Wunsch nach Rache Ausdruck verleihen. Sie verkündeten, dass der Krieg bis zum Sieg fortgesetzt würde, der als Vernichtung der Hamas definiert wurde. Israels Militäraktion in Gaza hat den Gazastreifen verwüstet und Zehntausende von Toten und Verwundeten, umfangreiche Zerstörungen, die Lahmlegung fast aller ziviler Einrichtungen, Krankenhäuser, Schulen und Sozialeinrichtungen sowie Hunderttausende von Obdachlosen hinterlassen. Dennoch hat Israel sein erklärtes Ziel nicht erreicht. Stattdessen droht an der nördlichen Grenze zum Libanon ein weiterer Krieg, da die Zusammenstöße zwischen Israel und der Hisbollah anhalten. Darüber hinaus ist das Westjordanland am Siedepunkt, da die

israelische Armee und militante Palästinenser aneinandergeraten und israelische Extremisten Konfrontationen im Norden des Westjordanlandes und im Süden provozieren – eine Intensivierung der Gewalt, die schon lange vor dem 7. Oktober begann.

Viele Menschen in Israel und in Palästina sind erschöpft von diesen Monaten des traumatischen Konflikts. Der Diskurs auf beiden Seiten, der erschreckende Vergleiche anstellt zwischen dem 7. Oktober und den schlimmsten Ereignissen in der Geschichte der beiden Völker, der Shoah einerseits und der Nakba andererseits, den totalen Vernichtungskriegen, schürt noch mehr Angst und Verzweiflung. Der 7. Oktober war nicht der Beginn der Gewalt, sondern seine Intensität offenbarte das ganze Ausmaß einer über Jahrzehnte in bestimmten Kreisen gepflegten Völkermordfantasie, die am liebsten die andere Seite verschwinden sehen würde. Das größte Hindernis für den Frieden ist nach wie vor die Überzeugung, dass die eine Seite mit gewaltsamen Mitteln über die andere siegen könne.

Der 7. Oktober brach für viele Israelis gerade dann in ihr Leben ein, als ihre Regierung das Ende des Konflikts verkündete. Während sie die jahrzehntelange unterdrückerische Besetzung der palästinensischen Gebiete fortsetzten und die Forderung nach einem souveränen palästinensischen Staat ignorierten, versprachen die Israelis mit Hilfe ihrer US-amerikanischen Verbündeten einen immer umfassenderen Frieden mit konservativen arabischen Regimen, die sogenannten Abraham-Abkommen. Diese Abkommen, die mit Bahrain und den Vereinigten Arabischen Emiraten begannen und sich auf Marokko und den Sudan ausdehnten, sollten bald auch das Kronjuwel Saudi-Arabien umfassen. Für die Palästinenser, die an den Rand und darüber hinaus gedrängt wurden, um für immer vergessen und zum Schweigen gebracht zu werden, war der 7. Oktober kein Anfang, sondern eine andauernde Reaktion auf Jahrzehnte der Unterdrückung, der Besetzung und der Diskriminierung, wie ein markerschütternder Schrei, der darauf hinwies, dass sie immer noch da waren, dass sie nicht stillschweigend gehen würden, dass sie immer noch verlangen, gehört zu werden.

Der Zionismus, die Ideologie des jüdischen Nationalismus, die zur Gründung Israels als jüdischem Staat führte, hat sich als ein letzter Moment in der Geschichte des jüdischen Volkes dargestellt. Es ist ein Moment der Heimkehr und der Wiederherstellung, der Sicherheit und der Souveränität; in säkularen Begriffen fast ein messianischer Moment der Erlösung nach den langen Jahrhunderten des Exils, in denen die Juden eine exponierte und verletzte Minderheit waren. Der Zionismus vertrat die Ansicht, dass die jüdische Existenz in Europa bedroht war und die einzige mögliche Lösung darin bestand, die Diaspora, die als unsicheres Exil defi-

niert wurde, zu verlassen, nach Palästina – dem historischen Heimatland – auszuwandern und dort einen jüdischen Staat zur Selbstverwaltung zu gründen. Der Satz „Wenn wir es wollen, ist es kein Märchen“, abgeleitet aus dem Roman „Altneuland“¹ des Begründers des politischen Zionismus, Theodor Herzl, wurde zu einem Slogan für die Umgestaltung des jüdischen Lebens. Die Vorhersagen einer Katastrophe für die jüdische Welt in Europa erfüllten sich mit dem wachsenden Antisemitismus, der in der Shoah gipfelte. Das Rinnsal der modernen jüdischen Migration nach Palästina, das in den 1880er-Jahren mit russischen Juden begonnen hatte, wurde nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer Flut von Überlebenden aus den Todeslagern in Europa, gefolgt von Juden aus der arabischen Welt, die sich im Zuge des in Palästina tobenden Krieges zwischen Juden und Arabern wachsender Feindseligkeit ausgesetzt sahen. Die Briten, die von 1917 bis 1948 über Palästina herrschten, sorgten für die Umwandlung Palästinas von einem überwiegend arabischen Land in einen jüdischen Staat.

Mehr als sieben Jahrzehnte nach den Ereignissen, die zur Gründung des Staates Israel

führten, ist das große Dilemma des Zionismus beunruhigender denn je. Das Land, das als jüdisches Heimatland beansprucht wird, wird von einem Volk bewohnt, das den jüdischen Anspruch bestreitet. Über Jahrhunderte hinweg hatte eine kleine jüdische Gemeinschaft in Palästina gelebt, und es hatte jüdische Einwanderer angezogen. Der politische Zionismus bedeutete jedoch einen radikalen Wandel in der Natur der Migrationsmuster. Hillel Cohen, Professor an der Hebräischen Universität, hat dies im ersten Teil seines kürzlich erschienenen Werks *Hating a Love Story*² auf Hebräisch dokumentiert. Die Juden, die bis zum Ende des 19. Jahrhunderts in Palästina lebten, sowohl die Alteingesessenen als auch die Neuankömmlinge, erkannten mit überwältigender Mehrheit an, dass das Land von Menschen bevölkert war, überwiegend Arabern, die Arabisch sprachen, und sie bemühten sich nach Kräften, sich zu integrieren. Die überwiegende Mehrheit der Juden, die im Zuge der vom politischen Zionismus inspirierten Einwanderungswellen kamen, strebte jedoch bestenfalls die Errichtung einer Parallelgesellschaft und schlimmstenfalls den Ersatz der bestehenden Gesellschaft durch eine jüdische an. Dies galt insbesondere für die vor dem Ersten Weltkrieg entstandene Führung, den späteren ersten Präsidenten Israels Chaim Weizmann und den ersten Premierminister David Ben Gurion. Der Zionismus, definiert als der Wille, im Land der

Der politische Zionismus nahm eine koloniale Haltung gegenüber den Einheimischen an.

Ursprünge zu leben, war nicht notwendigerweise kolonial, aber der politische Zionismus nahm eine koloniale Haltung gegenüber den einheimischen Bewohnern des Landes ein – einschließlich der arabisch sprechenden orientalischen Juden unter ihnen – und förderte einen jüdischen Ethnozentrismus, der den Nationalismus widerspiegelte, der die Juden aus dem Ländern ihrer Geburt vertrieben hatte. Der politische Zionismus siegte schließlich 1948, als der Staat Israel gegründet wurde. Er dominiert auch heute noch in überwältigender Weise.

Eine der größten Spaltungen in der jüdischen Gesellschaft – sowohl in Israel als auch in der Diaspora – besteht zwischen denjenigen, die die volle jüdische Kontrolle über das Land anstreben, das von den Juden als „Land Israel“ bezeichnet wird, und denjenigen, die die Notwendigkeit anerkennen, mit den Palästinensern und deren Forderung nach nationaler Souveränität einen *modus vivendi* auszuhandeln. Unter den jüdischen und israelischen Intellektuellen gibt es diejenigen, die sich fragen, ob es einen Weg nach vorn gibt, der hinausgeht über die Sackgasse des derzeitigen offiziellen israelischen Diskurses: „bis zum Sieg“. Ein kurzer Überblick über drei Lösungsvorschläge für den gegenwärtigen Konflikt ist aufschlussreich.

Zwei Staaten

Unter denjenigen, die eine Beendigung des Konflikts anstreben, wird der Vorschlag einer Zweistaatenlösung von vielen immer noch als das beste Gesamtergebnis angesehen. Die Zweistaatenlösung als Mittel für eine ausgehandelte Trennung von Juden und Palästinensern wurde erstmals 1937 von den Briten vorgeschlagen und 1947 von den Vereinten Nationen angenommen. Sie bildet nach wie vor die Grundlage für den Diskurs der internationalen Gemeinschaft über Gerechtigkeit und Frieden. In jüngster Zeit haben einige weitere Länder, darunter Spanien, Norwegen, Slowenien und Irland, beschlossen, einen palästinensischen Staat in den 1967 von Israel eroberten Gebieten anzuerkennen – ein Trend, der nach 1988 begann, als die Palästinenser die Gründung eines solchen Staates erklärten. Auch der Heilige Stuhl unterstützt diese Lösung und hat 2015 den Staat Palästina vollständig anerkannt. Die Frage ist: Ist diese Lösung trotz des Völkerrechts und der breiten Unterstützung in der Welt noch möglich?

Der Slogan „zwei Staaten für zwei Völker“ ertönt weiterhin in den Hauptstädten der Welt und wird auch in einigen israelischen und palästinensischen Kreisen laut, die auf die Aufteilung des Landes zwischen den beiden Anspruchsberechtigten bestehen. Die verschiedenen israelischen Regierungen haben jedoch

weiterhin zivile Siedlungen in den Gebieten errichtet, die zum palästinensischen Staat werden sollen. Diese Siedlungen sind strategisch günstig gelegen und isolieren palästinensische Bevölkerungszentren wie Nablus, Ramallah, Bethlehem und Hebron voneinander. Darüber hinaus haben die israelischen Regierungen argumentiert, dass das 1967 besetzte Ostjerusalem nicht verhandelbar und vollständig in das israelische Staatsgebiet eingegliedert sei. Der größte Teil der palästinensischen Gebiete steht auch dreißig Jahre nach der Unterzeichnung des ursprünglichen Abkommens noch immer unter vollständiger israelischer Militärkontrolle. Ist die Zweistaatenlösung nur ein Schlagwort, das für halbherzige Bemühungen um eine Beendigung des Konflikts steht?

Fraglich ist auch, ob die Zweistaatenlösung eine gerechte Lösung ist: Als die Briten 1917 Palästina übernahmen, gab es 60.000 Juden in Palästina, weniger als 10 % der Bevölkerung. Durch die von den Briten seit den ersten Tagen des Mandats geförderte jüdische Massenmigration stieg die Zahl der Juden auf 600.000, d.h. auf über 30 %, als die Briten 1948 beschlossen, das Land zu verlassen. Der UN-Teilungsplan von 1947 wies den Juden 56 % des Landes für einen jüdischen Staat zu. Die Palästinenser und ihre arabischen Verbündeten, die nie konsultiert wurden und entsetzt waren über eine Entscheidung, die den größten Teil ihrer Heimat an eine Minderheit verschenkte, deren Mitglieder zumeist europäische Migranten waren, lehnten die Teilung ab. Am Ende des darauf folgenden Krieges war mehr als die Hälfte der arabischen Bevölkerung Palästinas ins Exil gezwungen worden und der jüdische Staat wurde auf 78 % des Landes anerkannt, wobei die Grenzen weitgehend durch militärische Operationen festgelegt wurden. Die restlichen 22 % (das Westjordanland einschließlich Ost-Jerusalem und der Gazastreifen) wurden von Jordanien und Ägypten besetzt und 1967 von Israel erobert.

Die USA drängten Israel und die Palästinenser 1993 zur Unterzeichnung eines Abkommens, das zur Gründung eines palästinensischen Staates neben Israel führen sollte. Israel erhob jedoch weiterhin Anspruch auf die Gebiete, die einen palästinensischen Staat bilden sollten, baute israelische Siedlungen, siedelte israelische Bürger dorthin um und behinderte die Entwicklung der palästinensischen Souveränität. Trotz des Abkommens kam es immer wieder zu Gewaltausbrüchen. Jüngste Umfragen haben gezeigt, dass die meisten jüdischen Israelis und die meisten palästinensischen Araber die Zwei-

Die jüdische Herrschaft über die Palästinenser ist zu einer unerträglichen Gewalt geworden.

Staaten-Lösung ablehnen. Für viele Juden sind biblische Städte wie die Altstadt von Jerusalem, Hebron, Nablus und Bethlehem – alle in den palästinensischen Gebieten – das Herz des „Landes Israel“. Für viele Palästinenser sind zentrale Städte in Israel wie Jaffa, Haifa, Ramla und Lydda nicht weniger palästinensisch als die Städte in den Palästinensergebieten. In einer Umfrage des *Israel Democracy Institute* vom September 2022 sprachen sich nur 32 % der jüdischen Israelis für die Zwei-Staaten-Lösung aus.³ In einer Umfrage des *Palestinian Center for Policy and Survey Research* vom Juni 2022 sprachen sich nur 37 % der Palästinenser in Palästina für die Zweistaatenlösung aus.⁴ Darüber hinaus könnte die Teilung in zwei Staaten weder Gerechtigkeit noch Frieden bringen, wenn das eine Gebilde ein ethnozentrischer jüdischer Staat sein wird, der seine „nicht-jüdischen“ Bürger weiterhin diskriminiert, und das andere ein islamisches Gebilde, das seinen nicht-muslimischen Bürgern keine Gleichheit garantiert.

Mit dem Rechtsruck in der israelischen Politik schwankt die israelische Führung zwischen dem Bekenntnis Israels zu einer Zweistaatenlösung in den unterzeichneten Abkommen und ihrer ideologischen Ablehnung dieser Lösung. Jahrzehntlang wurde anstelle des Friedens mit den Palästinensern der Frieden mit einigen arabischen Ländern als Alternative angesehen. Dieser Prozess begann 1977 mit Ägypten, 1994 mit Jordanien und 2020 mit den Abraham-Abkommen: den Normalisierungsabkommen mit Bahrein, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Marokko und dem Sudan. Es wurde erwartet, dass Saudi-Arabien diesem Beispiel folgen würde – doch dann kam der 7. Oktober.

Ein Staat

Während der britischen Mandatszeit setzte sich eine kleine Gruppe jüdischer und palästinensischer Intellektueller für eine gemeinsame Verwaltung des Gebiets ein und forderte eine jüdisch-palästinensische Partnerschaft. Die Befürworter erkannten an, dass es zwei nationale Gruppen gab, die im selben Gebiet lebten, nämlich Juden und palästinensische Araber, und dass sie idealerweise ein Abkommen schließen sollten, das die Zusammenarbeit bei der Verwaltung des Gebiets erleichterte. Dies könnte in Form eines binationalen Staates oder einer Art Konföderation geschehen. Auf jüdischer Seite gehörten die bekannten jüdischen Denker Martin Buber, Hugo Bergmann und Gershom Scholem zu den Mitgliedern der Gruppe *Brit Shalom* („Friedensbund“), die diese Idee unterstützten. Doch Ende der 1930er-Jahre überzeugte die Feindschaft zwischen Juden und Palästinensern die große Mehrheit davon, dass der einzige Ausweg der militärische Sieg

über den anderen sei. Die Ideen von Brit Shalom, das sich in den 1940er-Jahren in die politische Partei *Ihud* verwandelte, sind im jüdischen Bewusstsein nur am Rande präsent.

Die Idee eines einzigen Staates ist in jüngster Zeit unter Juden – in Israel und in der Diaspora – wieder aufgetaucht, zum Teil wegen des zentralen moralischen Dilemmas der Kontrolle einer palästinensischen Bevölkerung mit einem zunehmenden Maß an Unterdrückung durch die Modalitäten der Besetzung und Diskriminierung. Sie erkennen an, dass Juden und Palästinenser in diesem Land so eng miteinander verflochten sind, dass es fast unmöglich wäre, sie zu trennen, aber die jüdische Herrschaft über die Palästinenser ist zu einer unerträglichen Gewalt geworden. Heute leben in den Gebieten zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer – in Israel und in den palästinensischen Gebieten – sieben Millionen jüdische Israelis und sieben Millionen palästinensische Araber (von ihnen etwa drei Mio. im Westjordanland, zwei Mio. in Gaza und zwei Mio. als Bürger des Staates Israel). Freiheit und Gleichheit sind die Voraussetzung für eine gerechte Lösung des Konflikts, die zum Frieden führen kann. Ein Einheitsstaat, in dem alle Bürger frei und gleichberechtigt sind, könnte der einzige Weg in die Zukunft sein.

Zu den Befürwortern eines Einheitsstaates gehören auch diejenigen, die den politischen Zionismus kritisch betrachten und versuchen, ihn durch ein Verständnis des jüdischen Lebens in Israel zu ersetzen, das sich stärker auf Demokratie und Menschenrechte statt auf Ethnozentrismus stützt. Im Jahr 2020 schrieb der jüdische US-Journalist und politische Kommentator Peter Beinart in einem viel beachteten Leitartikel der *New York Times*: „Es ist an der Zeit, die traditionelle Zweistaatenlösung aufzugeben und das Ziel gleicher Rechte für Juden und Palästinenser anzustreben. Es ist an der Zeit, sich eine jüdische Heimat vorzustellen, die kein jüdischer Staat ist“⁵.

Das kurz vor dem 7. Oktober 2023 erschienene Buch *The Necessity of Exile* des US-israelischen jüdischen Denkers Shaul Magid ist eine moralische, politische und soziale Kritik am politischen Zionismus.⁶ Magid besteht darauf, dass sich die messianische Verkündigung des Zionismus, dass das Exil vorbei sei, durch die Krisen, die durch die Errichtung eines ethnozentrischen jüdischen Staates ausgelöst wurden, als falsch erwiesen hat. Das Exil bleibt eine endgültige Realität für Juden, auch in Israel. Er argumentiert, dass die Ein-Staat-Lösung, ein gemeinsamer Staat für Israelis und Palästinenser, in dem alle gleichberechtigt sind, der einzige Weg in die Zukunft sein könnte. Er beendet sein Buch mit dem Kommentar: „Wenn wir den Zionismus loslassen, hat Israel – der Staat, oder besser noch, das Land

selbst – vielleicht die Chance, wirklich ein gerechtes und gleichberechtigtes Gemeinwesen für alle seine Bürger zu werden, und die jüdische Diaspora kann ohne Israel als notwendiges Zentrum aufblühen. In einem eher prophetischen Register könnten die Juden selbst die Chance haben, dem näher zu kommen, was wir schon so oft angestrebt haben: ein Licht für die Völker zu sein.“⁷

Interessanterweise hat die Ein-Staaten-Lösung sogar in der Welt des religiösen Zionismus, der meist mit ethnozentrischem Extremismus assoziiert wird, eine gewisse Verbreitung gefunden. Rabbi Shagar (Shimon Gershon Rosenberg) trug dazu bei, die Frage nach der Möglichkeit eines traditionellen jüdischen Lebens im Schatten von Besatzung und Diskriminierung zu stellen und warb für eine Haltung des Mitgefühls statt der Ablehnung. Eine Sammlung seiner Schriften (*My Covenant is Peace*) die posthum auf Hebräisch veröffentlicht wurde, unterstreicht einen Ansatz, der in den Reihen des religiösen Zionismus aufgrund seiner Forderung, die Palästinenser und ihre Rechte ernst zu nehmen, außergewöhnlich ist.⁸ Rabbi Guy Alaluf, ein junger orthodoxer Gemeinderabbiner aus Rosch haAjin, der der politischen Bewegung Schas angehört, hat ausdrücklich einen Plan für eine Ein-Staat-Demokratie formuliert, in der die Gleichheit aller Bürger – Juden und Araber – ein Grundprinzip ist. In zwei Videovorträgen erklärt er, wie Israel von einem ethnozentrischen Staat in ein politisches Gebilde umgewandelt werden kann, in dem zwei Völker volle Autonomie genießen und alle Bürger volle Gleichheit und Freiheit genießen.⁹

Kein Staat

Als der Zionismus aufkam, gab es in der jüdischen Welt starken Widerstand von verschiedenen Seiten. Die Ultra-Orthodoxen sahen im Zionismus einen falschen Messianismus, eine Assimilation an die Gepflogenheiten der Völker und eine unannehmbare Provokation dieser Völker, die harte Konsequenzen nach sich ziehen würde. Jüdische Sozialisten und Kosmopoliten bestanden darauf, dass der eigentliche Kampf die Gleichberechtigung in den Ländern sei, in denen die Juden bereits lebten, und jüdische Assimilationsbefürworter vertraten die Ansicht, dass sich die Juden einfach vollständig integrieren sollten. Die Shoah hat diese Stimmen an den Rand gedrängt, obwohl die meisten Juden nicht nach Israel auswanderten, sondern das Leben in der Diaspora vorzogen. In den letzten Jahrzehnten haben sich Hunderttausende von israelischen Juden in ihre Reihen eingereiht, die diese relative Sicherheit der ständigen Notwendigkeit vorziehen, ein „Heimatland“ zu

bewachen, in dem die einheimische Bevölkerung der palästinensischen Araber Diskriminierung und Besetzung ausgesetzt ist.

Angesichts des moralischen Dilemmas des Staates Israel bekennt sich eine kleine Gruppe von Intellektuellen erneut zu ihrem Antizionismus und setzt sich für eine staatsfreie Lösung ein, allen voran der US-amerikanische Talmudgelehrte Daniel Boyarin, der kürzlich das Buch *The No-State Solution: A Jewish Manifesto* veröffentlichte. Boyarin schreibt: „Anstelle des Nationalstaates biete ich eine Diaspora-Vision für die Zukunft der Juden an, die sich in ihrem *doikayt*, ihrem Hier und Jetzt, doppelt befinden: zu Hause und im Ausland“¹⁰. Boyarin argumentiert, dass, während der Zionismus die Notwendigkeit postulierte, die Diaspora zu negieren, es nun an der Zeit ist, darauf zu bestehen, dass die Diaspora „für den Charakter der jüdischen Existenz grundlegend und eine Quelle ihrer kulturellen und politischen Vitalität“ ist. Gegen Ende seines Buches verkündet er in Anlehnung an Theodor Herzl, den Begründer des politischen Zionismus: „Wenn wir wollen, dass die Juden als sinnvolle Einheit fortbestehen, als eine Diaspora-Nation mit einer Kultur und mit der Fähigkeit, sich auch um die Unterdrückten anderer Nationen zu kümmern und für sie zu kämpfen (vor allem für die Nation, die wir unterdrückt haben, die Palästinenser), dann müssen wir es tun: Wenn wir es wollen, ist es kein Märchen.“¹¹

Und jetzt?

Das Nachdenken über das, was sein könnte – zwei Staaten, ein Staat, kein Staat? –, anstatt über das, was ist – andauernder Krieg –, ist nur ein Teil der notwendigen Überlegungen. Das Nachdenken darüber, wie man inmitten dessen, was ist, sein kann, ist nicht weniger wichtig. Ein politischer Diskurs, der sich ausschließlich auf die Lösung des Konflikts konzentriert, birgt eine offensichtliche Gefahr. Man darf die alltägliche Realität des Konflikts und seine moralischen Imperative nicht außer Acht lassen. Angesichts der anhaltenden Weigerung des israelischen Establishments, das Recht der Palästinenser auf volle Selbstbestimmung umzusetzen, und des anhaltenden gewaltsamen Widerstands der Palästinenser gegen diese Weigerung, ist es dringend notwendig, darüber nachzudenken, wie man in diesem Konflikt menschlich und moralisch leben kann.

Wir brauchen den Widerstand gegen die Logik von Rache, Vergeltung und Gewalt.

Protestbewegungen und Friedensorganisationen demonstrieren gegen den Krieg. Menschenrechtsorganisationen dokumentieren die Verwüstungen und dauerhaften Folgen. Was wir jedoch brauchen, sind Worte und Taten, die nicht nur die Anerkennung des Anderen zum Ausdruck bringen, sondern auch den Widerstand gegen die Logik von Rache, Vergeltung und Gewalt. Diejenigen, die die Wortwahl und die Handlungen des gegenwärtigen israelischen Establishments infrage stellen, das die Region zu einer Zukunft des andauernden Krieges verurteilt, müssen alternative Worte und Handlungen anbieten, die glaubwürdig den Horizont für eine andere mögliche Zukunft öffnen.

Eine der entstehenden Bewegungen, die eine wichtige Rolle spielen kann, ist die *Smol Imuni* („Treue Linke“), eine Gruppe religiöser Juden, die sich für Gerechtigkeit und Frieden einsetzen. Sie erklären, dass sie „Frieden, Gleichheit und Gerechtigkeit in der israelischen Gesellschaft fördern wollen [...] In den letzten Jahren haben die großen religiösen Institutionen in Israel eine aggressive und zwanghafte Haltung eingenommen. Sie tun dies so lautstark, dass es den Anschein haben könnte, als gäbe es keine anderen Stimmen. Die Treue Linke wurde gegründet, um Menschen, die anders erzogen wurden, eine Heimat zu bieten [...] Diese Heimat wird dazu beitragen, Lehren und Handlungen zu verstärken, die Mitgefühl, Gerechtigkeit und Frieden fördern.“¹² In der Fülle linker Bewegungen und Antikriegsproteste setzt sich die Treue Linke vor allem mit der Assoziation der jüdischen Religion mit Ethnozentrismus und der Ablehnung der Rechte der Palästinenser auseinander.

Abschließend bietet die Stimme der *US Jewish Voice for Peace* eine ganzheitliche Vision, die sowohl Juden als auch Palästinenser einbezieht. „Unsere Rechenschaftspflicht gegenüber den Palästinensern ist ein fortlaufender Prozess: ein tiefes Zuhören, ein kontinuierlicher Aufbau von Beziehungen und eine echte Neubewertung. Wir sind gegenüber von Palästinensern geführten Organisationen und Koalitionen rechenschaftspflichtig, die palästinensische Gemeinschaften vertreten und ihnen gegenüber rechenschaftspflichtig sind und die die Werte von Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichheit für alle Menschen teilen.“ Und parallel dazu: „Wir organisieren unser Volk und leisten Widerstand gegen den Zionismus, weil wir die Juden, das Jüdischsein und das Judentum lieben. Unser Kampf gegen den Zionismus ist nicht nur ein Akt der Solidarität mit den Palästinensern, sondern auch ein konkretes Engagement für die Schaffung der jüdischen Zukunft, die wir alle verdienen. Wir kämpfen für ein blühendes Judentum und jüdische Gemeinden, für eine Vielfalt jüdischer Kulturen und für die Zukunft des jüdischen Volkes.“¹³ †

Anmerkungen

- 1 Der Satz ist der Beginn von Theodor Herzl: *Altneuland*. Leipzig 1902.
- 2 Hillel Cohen: *Son'im Sippur Ahava (Hating a Love Story)*. Tel Aviv 2022.
- 3 Tamar Hermann und Or Anabi: *On the Eve of the Jewish New Year: How Optimistic Are Israelis and What Are Their Opinions on Iran and the Two-State Solution?* Auf: The Israel Democracy Institute, <<https://en.idi.org.il/articles/46000>>.
- 4 Palestinian Center for Policy and Survey Research. *Public Opinion Poll No. 84*. In cooperation with the Konrad-Adenauer-Stiftung in Ramallah. <<https://pcpsr.org/en/node/912>>.
- 5 Peter Beinart: *I no longer believe in a Jewish State (8.7.2020)*. In: *New York Times*, auf: <<https://www.nytimes.com/2020/07/08/opinion/israel-annexation-two-state-solution.html>>.
- 6 Shaul Magid: *The Necessity of Exile. Essays from a Distance*. New York 2023.
- 7 Ebd., 300.
- 8 Rabbi Shagar: *Brit shalom (My Covenant is Peace)*. Rishon Letzion 2020.
- 9 Guy Alaluf auf YouTube, Teil 1: <<https://www.youtube.com/watch?v=ELZxD2k8geI>> und Teil 2: <<https://www.youtube.com/watch?v=Ancyy3DYSI0>>.
- 10 Daniel Boyarin: *The No-State Solution: A Jewish Manifesto*. New York 2023, 80.
- 11 Ebd., 113.
- 12 Official website of Smol Imuni: <<https://www.smolemuni.com>>.
- 13 Official website of JVP: <<https://www.jewishvoiceforpeace.org/about/#mandate>>.